

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — Postkontonr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelselle oder deren Raum 1.90 M. bei Vorkaufspreis 2.30 M.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelselle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigabstände und alle Postanstalten entgegen.

Regierungs-Eingeständnisse.

Berschwiegene Putsch-Pläne und ohnmächtige Regierungsstellen.

Was die Regierung von Rechts-putschplänen weiß!

Berlin, 25. Mai.

Die Regierung sieht sich nunmehr genötigt, selber mit dem Material an die Öffentlichkeit zu treten, das ihr über die Vorbereitungen der Gegenrevolution bekannt geworden ist. Es ist bezeichnend für die Sorglosigkeit, mit der die Regierung wieder einmal den Interrevolutionären und rechtsputschistischen Bestrebungen gegenübersteht, daß sie selbst bekennt, daß sie bisher die Berichte ihrer Provinzkommissare und Gewährungsleute der Presse und der Öffentlichkeit verschwiegen hat, obwohl sie alle höchst bedenklichen Material der Regierung mitteilten. So wird jetzt aus Stettin gemeldet, daß täglich Trupps von 25 bis 50 Mann mit Waffen ankommen, die aus den aufgelassenen Freikorps stammen. Mehrere Transporte sind völlig unbeobachtet geblieben, da die Kommandantur entgegen den bestehenden Verordnungen die bewaffneten, jetzt aber entlassenen ehemaligen Angehörigen der Freikorps vor den Augen der Postämter überlassen hat, obwohl sie alle höchst bedenklichen Material der Regierung mitteilten. So wird jetzt aus Stettin gemeldet, daß täglich Trupps von 25 bis 50 Mann mit Waffen ankommen, die aus den aufgelassenen Freikorps stammen. Mehrere Transporte sind völlig unbeobachtet geblieben, da die Kommandantur entgegen den bestehenden Verordnungen die bewaffneten, jetzt aber entlassenen ehemaligen Angehörigen der Freikorps vor den Augen der Postämter überlassen hat, obwohl sie alle höchst bedenklichen Material der Regierung mitteilten.

walt steht, und weil sowohl das Reichswehrministerium als auch das dem Minister Koch unterstehende Reichsministerium des Innern, in dem der Unterstaatssekretär Gewalt und der Geheimrat Jakob die treibenden Kräfte sind, alle geplanten Maßnahmen sabotieren. An irgendwelche ernsthaften Putschabsichten kommunistischer Kreise glauben die eingeweihten Regierungsstellen nicht, da sie die Kommunisten für viel zu klug halten, um durch einen Putsch, der zum Scheitern verurteilt ist, der Reaktion die Macht in die Hände zu spielen. Dagegen befürchtet man, daß die weitere Entwicklung der Wirtschaftskrise inwischen zu großer Arbeitslosigkeit führen werde, daß dann durch die Not Menschen entstehen, die von den putschistischen Reaktionen geschickt benutzt werden, um mit Hilfe ihrer Organisation die Militärbildung zu erleichtern. Diese Organisation ist inzwischen so ausgedehnt und weitverzweigt, daß trotz aller Maßnahmen sie doch in ihren letzten Zusammenhängen nicht übersehen werden kann. Die entlassenen Freikorpsangehörigen tanzen mit ihren Waffen überall auf und verlieren sich auf den Gütern in Ostpreußen und Pommern, verschwinden in Westfalen, Preußen oder einen selten organisierten Zusammenhang und genaue Parole für das Volkshaus.

Die Freiheit schreibt zu der Behauptung eines bevorstehenden Linksputsches: Wir wollen zunächst feststellen, daß es die einmütige Überzeugung unserer ganzen Partei ohne Unterlass legendärer Klängen ist, daß ein gewalttätiges Vorgehen in der gegenwärtigen Situation die denkbar größte politische Torheit wäre. Die Partei ist der Auffassung, daß ein solches Vorgehen tatsächlich nur den Putschisten von rechts gelegen komme, der Arbeiterbewegung aber nur zum größten Schaden gereichen könnte. — Die Nachricht über geplante Putsche von links führt die Freiheit auf die Bodpolitik der Offiziere zurück, die sich in Arbeiterkreise einschleichen. Sie weist dabei auf das Material hin, das der Generalkommando in den Händen hat, während des Kampfs abgenommen wurden, gefunden habe. Die Gefahr besteht nur darin, daß man den Sozialisten irgendwelchen Glauben schenkt und dadurch die Aufmerksamkeit von der wirklichen Gefahr des Rechtsputsches ablenkt. Diese Gefahr ist ernst und zu ihrer Abwehr muß die Arbeiterbewegung bereit und entschlossen sein.

Balkumer-Aufgebot.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Berliner Morgenpost berichtet über ein Schreiben, das in den Pfingstfeiertagen die schon vor einem halben Jahre entlassenen Balkumtruppen aus dem Winterlager erhalten haben und das nun mit dem alten, längst ungültigen Regimentskempel „M. G. S. Abt. Damm, Deutsche Legion“ versehen, unfrankiert ausgegeben und von der Post selbstmörderweise ohne Straporto befördert worden ist. In dem Schreiben, das von dem Brigadeführer Stever unterzeichnet ist, heißt es:

„Beim Abschied versprach ich Ihnen, Sie alle wieder zusammenzuführen, wenn es möglich sein werde, weiter im deutschen Sinne zu arbeiten. Ich glaube, diese Gelegenheit wird sich in der nächsten Zeit bieten. Ich beabsichtige, gemeinsam mit andern Balkum-Kompanien mich an dem Soldatenbildungsunternehmen zu beteiligen, das mit Unterstützung der preussischen Regierung und des Reichswehrministeriums im Gange ist. Unter Umständen kommt auch ein Siedlungsunternehmen im Auslande in Frage. Zu diesem letzteren könnten allerdings nur kriegsbrauchbare Leute in Frage kommen, die möglichst auch ihre Uniform und ihre Waffen mitbringen müßten, da in der vorgesehenen Gegend noch mit Kampf vorausichtlich zu rechnen ist. Für die erste Zeit ist deshalb militärische Übung und Verpflegung vorzuziehen, die besser sind als die augenblicklichen Sätze in Deutschland. Falls Sie an unserem gemeinsamen Unternehmen sich beteiligen wollen, senden Sie Ihre Adresse, sowie auch die gleichgültigster Kameraden an die 3. M. G. R., 4. Marine-Regiment, Munsterlager, Wellblechbarade 47. Sie werden dann zur gegebenen Zeit Näheres erfahren. Beide Unternehmen kommen für Anfang Juni in Frage.“

Nach allem, was in den letzten Tagen bekannt geworden ist, liegt der Verdacht sehr nahe, daß dieses „Siedlungsunternehmen“ nur der Deckmantel für Organisierung des neuen Rechtsputsches ist. Außerdem erfährt man aus diesem Schreiben, daß die entlassenen Balkumer im Besitz ihrer Waffen sind!

Das Ende der antirevolutionären Nationalversammlung.

W. O. Für die Kleinbürgerliche Gesellschaftsausschuss, die die treibenden Kräfte der Welt- und Menschheitsgeschichte in Gesetzparagrafen, Verfassungsartikeln und Vertragsbestimmungen steht, ist am Freitag, dem 21. Mai, mit der letzten Sitzung der Nationalversammlung eine historische Epoche geschlossen worden.

Die bürgerliche Gesellschaftsausschuss kennt keine revolutionäre Entwicklung, sie steht darin ein unerlaubtes Vorgehen gegen ihre nach Vorschriften und Paragraphen geregelte geschichtliche Entwicklung. Mit dem 10. November 1918 war Deutschland in diesen geschichtlichen und deshalb verabschiedungswürdigen Zustand eingetreten. Der paragrafenmäßige Ablauf der geschichtlichen Entwicklung, der die ungeführte Ruhe und Beharrlichkeit des Spießbürgers garantierte, war gelöst worden. Revolutionäre Ereignisse hatten das Bürgerrecht nicht nur aus seinem wohlgepflegten Dämmerschlaf geweckt, sondern es gleichzeitig in seiner politischen Macht und wirtschaftlichen Herrschaftstellung bedroht. Es galt wieder „Ordnung“ zu schaffen, deshalb der allgemeine Schrei nach der Nationalversammlung.

Zwei große Aufgaben waren der Nationalversammlung gestellt: Frieden zu machen und eine neue Verfassung zu schaffen, d. h. nicht etwa den revolutionären Ereignissen und dem Geist der Zeit Rechnung zu tragen, sondern mit größter Geschicklichkeit, so reibungslos wie möglich wieder in die alten Bahnen einzulenken. An sich hätte die Nationalversammlung nicht interrevolutionär zu sein brauchen. Sie war es erst in dem Augenblicke, als auch die Rechtssozialisten sie zu dem Mittel machten, mit dem sie auf schleunigste dem Gang der revolutionären Entwicklung ein Ende bereiten wollten.

Und so war teils das Wirken dieser Nationalversammlung vom ersten bis zum letzten Tage antirevolutionär. Ihr Ziel war nicht, neues zu schaffen, sondern das niedergeworfene Alte wieder aufzurichten. Sie suchte keinen neuen Kurs, sondern kehrte mit voller Kraft in die alten Bahnen zurück. Keinen einzigen neuen Gedanken hat sie hervorgebracht. Die früh polierten Phrasen aus dem politischen und diplomatischen Schatz des kaiserlichen Meines, des Gottesgnadentums, des Militarismus, der Kleinbürgerlichen Ideologie waren Vektoren und Vehemente ihres Handelns. Deshalb stand sie hilflos dem Friedensworte gegenüber. Sie hat sich ein jämmerliches Bild der Volkvertretung der Welt dargeboten, als in den Fünftagen 1919 die Nationalversammlung die Verantwortung für ihre unüberdacht fortgesetzte militaristische Außenpolitik durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages übernehmen sollte. Wenige Tage vorher hatten in allen Volksversammlungen vom Reichspräsidenten über den Reichskanzler bis zum letzten bürgerlichen und rechtssozialistischen Abgeordneten der Nationalversammlung alle Volkstribune und Volkserheber das „Niemals!“ gegen die Unterzeichnung in die Welt gerufen. Und als dann der Tag kam, an dem es galt, aus den Phrasen Faten werden zu lassen, da krochen sie zusammen wie die Hühner beim Gewitter und ließen durcheinander wie die Hammelherde beim nahenden Wolf, um zum Schluß de- und wehmütig das zu tun, wozu in Erkenntnis der geschichtlichen Notwendigkeiten sich unsere Fraktion vom ersten Tage zu bekennen den Mut gefaßt hatte; zu unterzeichnen. Aber den Mut zu den Konsequenzen aus dieser geschichtlichen Notwendigkeit, den Mut zur revolutionären Entwicklung, den fanden sie nicht.

Man banke und kostete an dem Gebäude, in das man schleunigst die rebellisch gewordene geschichtliche Entwicklung wieder hineinstießen wollte. Sorgsam zog man Fäden um Fäden, bis das Volk, das die Fesseln gerissen hatte, wieder in das Netz eingesperrt war, das die Verfassung nannten und das dem bedrückten Kapitalismus seine wirtschaftliche Existenz, seine politische Macht und die geistige Anrecht der Ausgeborenen überließ. Die rechtssozialistischen Volksbeauftragten hatten sich nicht geschert, einem bürgerlichen Politiker, dem Staatssekretär Dr. Preuß, die Ausarbeitung der Verfassung zu übertragen. So wenig sie etwas von revolutionärer Entwicklung wußten, so wenig kannten sie eine sozialistische Verfassung. Die Kapitalisten hatten die Situation schnell begriffen. Sie hängten ihren Interessen zur Verdeckung der brutalen Waffen- und Machtmittel, der militaristischen Herrschaft und der Volkserneuerung durch das Gottesgnadentum das alles verdeckende Mäntelchen der Demokratie um. Und Sozialdemokraten stießen Hufeisen auf, daß nun die Demokratie erreicht und alles Ziel und Streben erfüllt sei. Bedenkend traten sie der enttäuschten und empörten Arbeiter-

Die Regierung verschweigt also längere Zeit ihre Kenntnis der Rechtsputschpläne der Öffentlichkeit. Warum? Etwa weil sie sie so besser aufspüren und zu vereiteln glaubte. Das wäre natürlich Unfug bei dem ausgebildeten Nachrichtenwesen der Rechtsputscher und der Tatsache, daß sie ihre Spione in allen Regierungsstellen sitzen haben. In Wirklichkeit läuft dieses Verschweigen auf eine Begünstigung der Rechtsparteien hinaus, deren Wahlpropaganda vor Störungen sorgsam bewahrt wurde. Im großen Gegenlag steht dazu die Verschwiegenheit, mit der die Offiziellen die blödesten Schwindelnachrichten militärischer Spitzelorganisationen über angebliche kommunistische Putschpläne verbreiten!

An den neuen Enthüllungen ist besonders interessant die Rolle, die eine militärische Stelle spielt. Die Kommandantur Stettin leistet bei der Organisierung des neuen Putsches, bei der Verbergung der voll bewaffneten Freikorps-Trupps Hilfsdienste, hilft die Transporte vor den Augen der Zivilbehörden verbergen. Darf man sich die Frage erlauben, was mit den verantwortlichen Personen der Kommandantur geschieht? Sind sie abgesetzt, sind sie inhaftiert? Wir glauben es nicht, denn da wäre es schon mitgeteilt. Wir wissen, den Herren wird nichts geschehen und sie werden fortfahren im böllischen Werte!

Die Ohnmacht der Koalitionsregierung.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, halten die wichtigsten Regierungskreise Mittelungen, die der Vorwärts gestern über einen bevorstehenden Rechtsputsch gemacht hat, für voll der Wahrheit entsprechend. Einzelne Regierungsstellen, die infolge ihrer Respektlosigkeit über das Material besonders gut informiert sind, sind der Ansicht, daß alle in der Presse erhobenen Klarmache an die Wahrheit noch nicht heranziehen! Die Lage ist furchtbar ernst, die Regierungsmänner, die etwas zur Sicherung gegen den bevorstehenden militärischen Putsch unternehmen wollen, sind dazu nicht in der Lage, weil ihnen die Exekutiva-